Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4329
27. 06. 80

Fragen

für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

vom 30. Juni 1980

Seite

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 20 08 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

Schriftliche Fragen

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, Staatssekretär Gaus, am 17. Juni, dem nationalen Feiertag zum Gedenken an den Volksaufstand in der sowjetischen Besatzungszone, an einem Staatsakt des Zentralkomitees der SED anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für den kommunistischen Schauspieler und Sänger Busch teilgenommen hat, und wenn ja, sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen dem Gedenken an die blutige Niederschlagung des Selbstbestimmungswillens der Deutschen in Mitteldeutschland und der Anwesenheit von Gaus auf einem offiziellen Staatsakt einer kommunistischen Regierung, die das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen mit Gewalt unterdrückt?

2. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung der Zeitung „Welt am Sonntag" vom 22. Juni zu, Bundeskanzler Schmidt habe das Bundesbauministerium einen „Sauhaufen" genannt und die Koalitionsparteien hätten sich darauf verständigt, das Bundesbauministerium aufzulösen?

3. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Verbreitet das Bundespresse- und Informationsamt der Bundesregierung noch immer das Faltblatt „Ostpolitik deshalb" von 1978, das neben sehr umstrittenen Angaben, Vergleichen und Karten zur innerdeutschen Rechtslage auch Filzstiftkorrekturen zum Status Berlins und zum Inhalt und Umfang des Viermächteabkommens so enthält, daß darin wegen offensichtlicher Verstöße gegen die Rechtslage überdeckte Angaben weiterhin mit freiem Auge lesbar sind, oder hat sie das Faltblatt inzwischen einstampfen lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Künstler und musikalische Ensembles aus der CSSR entgegen ursprünglichen festen Zusagen auf Grund einer Weisung staatlicher Stellen in Prag wegen einer im Programm der Europäischen Wochen Passau vorgesehenen Dichterlesung von Pavel Kohout den diesjährigen Festspielen fernbleiben und damit eine über 20jährige sehr erfolgreiche und der Völkerverständigung dienende Gastspieltätigkeit unterbrechen?

5. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung dieses Vorgehen der Regierung der CSSR insbesondere mit Geist und Buchstaben der Beschlüsse der KSZE von Helsinki und mit dem deutsch-tschechoslowakischen Kulturabkommen für vereinbar, und wenn nein, welche Schritte beabsichtigt sie zu unternehmen, um der Regierung der CSSR ihr dem Geist von Helsinki widersprechendes Verhalten deutlich zu machen und ähnliche Vorgänge in Zukunft zu verhindern?

6. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Umfang, örtliche Schwerpunkte und Hintergründe der Massenverhaftungen von Regimekritikern in der Sowjetunion, über die der zwangsweise nach Österreich abgeschobene Gewerkschafter und Menschenrechtskämpfer Wladimir Borisow bei seiner Ankunft in Wien berichtet hat, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Vorgänge im Jahr des zweiten KSZE-Folgetreffens von Madrid?

7. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die gewaltsame Abschiebung des Bürgerrechtlers und Gewerkschafters Wladimir Borisow aus der Sowjetunion zum Anlaß nehmen, bei der Vorbereitung des Madrider Folgetreffens der KSZE die Frage der Freiheit gewerkschaftlicher Tätigkeit außerhalb der in der UdSSR und in anderen kommunistisch regierten Staaten bestehenden Staatsgewerkschaften zur Erörterung zu bringen und darauf zu drängen, daß in Madrid Fortschritte bei der Durchsetzung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts in allen Teilnehmerstaaten erreicht werden?

8. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in Erfüllung ihrer Verfassungspflicht, den Wiedervereinigungsanspruch nach außen beharrlich zu vertreten, bei den Vereinten Nationen den nationalen Gedenktag 17. Juni als Nationalfeiertag der Bundesrepublik Deutschland anmelden, nachdem die Staatsministerin Frau Dr. Hamm-Brücher in der Fragestunde vom 26. Juni 1980 bestätigt hat, daß dies bisher nicht geschehen ist?

9. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wann hat die Bundesregierung entsprechend ihrem Verhalten in Sachen des südkoreanischen Oppositionsführers Kim Dae Jung auch dem sowjetischen Gesprächspartner hinsichtlich der Verbannung des russischen Atomphysikers und Kämpfers für die Menschenrechte, Andrej Sacharow, „deutlich zu verstehen gegeben, daß insbesondere die deutsche Öffentlichkeit der Verhaftung von Oppositionspolitikern kein Verständnis entgegenbringt“?

10. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorwurf des polnischen Außenministers Emil Wojtaszek, daß die Bundesrepublik Deutschland die Bestimmungen des Warschauer Vertrags „nicht vollständig erfüllt“ habe, widerspruchslos hinzunehmen, und was gedenkt sie andernfalls dagegen zu tun?

11. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Hat nach Auffassung der Bundesregierung der jüngste Besuch des Außenministers der Volksrepublik China in Bonn weitere Perspektiven für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland eröffent?

12. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Könnte sich die Bundesregierung einer Aufforderung des Europäischen Rats zur Beteiligung an einem umfassenden System konkreter internationaler Garantien einer Friedensregelung im Krisengebiet des Nahen Ostens einschließlich solcher an „Ort und Stelle“, also mit Truppen, entziehen, nachdem

der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Frau Dr. Hamm-Brücher, im Deutschen Bundestag erklärt hat, zwischen dem deutschen Text der Erklärung des Europäischen Rats vom 13. Juni 1980 und der englischen Fassung „on the ground" gäbe es keinen Unterschied?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

13. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Unterstützungsmöglichkeiten durch die Bundeswehr bei Katastrophen im Frieden und im Verteidigungsfall zweckdienlich genutzt werden müssen und auf kommunaler Ebene nicht allein die Bereitschaft zur zivil-militärischen Zusammenarbeit überlassen werden dürfen?

14. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Teilt die Bundesregierung ferner meine Auffassung, daß die Bundeswehr generell im Stab der zivilen Katastrophenschutzleitung, dem sogenannten Stab-HVB, vertreten und bei Auslösung des Katastrophenalarms in jedem Fall verständigt werden muß, damit die Entwicklung der Gefahren- und Schadenslage sowie die Maßnahmen der zivilen Stellen beobachtet und Vorschläge für den Einsatz der Bundeswehr und deren Eigensicherung rechtzeitig gemacht werden können?

15. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, dies in der Neufassung der Dienstvorschrift des Bundesinnenministers „KatS-DV" vorzuschreiben?

16. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bundesländer um die Bereitstellung von weiteren 5000 Quoten für Vietnamflüchtlinge zu bitten, um damit den dringendsten, bereits vorliegenden Anträgen auf Familienzusammenführung im ersten Verwandtschaftsgrad entsprechen zu können?

17. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, für die Gemeinden, die Mittel aus dem Rhein-Bodensee-Programm zur Verbesserung der Infrastruktur erhalten haben, die Frist für den Verwendungsnachweis um ein halbes Jahr – bis zum 30. Juni 1981 – deshalb zu verlängern, weil bei einer Reihe von Gemeinden unvorhersehbare Schwierigkeiten bei der Durchführung von Bauvorhaben aufgetreten sind?

18. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Nehmen Bedienstete des Bundes dienstlich als Beobachter oder in anderer dienstlicher Eigenschaft an den Olympischen Spielen oder an Sportkongressen oder sportlich bestimmten Zusammenkünften teil, die in zeitlichem Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in der Sowjetunion stattfinden?

19. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, in Absprache mit den Ländern die Interpretation der Einbürgerungsrichtlinien dahin gehend abzuändern, daß auch der Einreisezweck von in die Bundesrepublik Deutschland eingereisten Ausländern aus Entwicklungsländern berücksichtigt wird, wenn diese eine Einbürgerung beantragen?

20. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Wieviel gepanzerte Sonderwagen I (SW I) und Sonderwagen II hat der Bundesgrenzschutz, und wie alt sind diese Fahrzeuge bzw. wie lange sind sie im Dienst?

21. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der SW I des Bundesgrenzschutzes nicht erneuert sondern jetzt nur verbessert werden soll, und wie sieht diese Verbesserung aus, bzw. was kostet sie je Fahrzeug?

22. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Tatsachen sind der Bundesregierung über den Störfall (Brand) in der französichen Wiederaufarbeitungsanlage in Cap de la Hague bekannt geworden, und ergeben sich daraus für die sicherheitstechnische Auslegung einer deutschen Anlage besondere Konsequenzen?

23. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Ergebnisse hat die Prüfung der atomrechtlichen Haftungsfrage (vgl. meine Frage Nummer 5 vom 20./21. Juni 1979, Drucksache 8/2969) erbracht?

24. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Wird die Bundesregierung in absehbarer Zeit eine Änderung des geltenden Rechts in die Wege leiten, die den im Ausland tätigen Entwicklungshelfern das aktive Wahlrecht zugesteht?

25. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im SED-Zentralorgan Neues Deutschland vom 18. Juni 1980 angekündigte erhebliche Steigerung der Kaliproduktion in den DDR-Kaliwerken an der Werra, die ein erneutes Ansteigen der Versalzung von Werra und Weser befürchten läßt, obwohl diese Versalzung auf Grund der DDR-Abwässer jetzt schon die Grenze des Vertretbaren weit überschritten hat?

26. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich die DDR gegenüber der Bundesregierung verpflichtet hat, die bisher in die Werra eingeleitete Menge von Abfallsalzen nicht zu erhöhen?

27. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Forderungen zur Säuberung der Werra von Abfallsalzen aus der DDR hat die Bundesregierung gegenüber der DDR erhoben, und wie haben deren Vertreter darauf reagiert?

28. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Werden Mitglieder der Bundesregierung vor dem 5. Oktober 1980 in Schleswig-Holstein noch Betriebe, Verwaltungen oder Bundeswehreinheiten aufsuchen, und wenn ja, welche Besuche sind in diesem Zeitraum geplant?

29. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den weiteren Verlauf oder gegebenenfalls Stopp der Bauarbeiten an dem geplanten Atomkraftwerk in Mülheim-Kärlich (Rhein), und hat sich die Bundesregierung in entsprechende Erörterungen eingeschaltet?

30. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wann und in welcher Höhe ist mit der Zahlung von Entschädigungen für die Auewälder zu rechnen, die hinter der Rheinstaustufe Iffezheim wegen des gestiegenen Grundwassers in Mitleidenschaft gezogen worden sind, und welche Maßnahmen werden getroffen, um ein Absinken des Grundwasserspiegels in diesem Raum zu erreichen?

31. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Was hat den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern veranlaßt, in einer linken Tageszeitung „Die Neue" die Forderung zu erheben, das Bundesverfassungsgericht möge seine Rechtsprechung zur Frage der Beschäftigung von Angehörigen verfassungsfeindlicher Organisationen im öffentlichen Dienst korrigieren, und in welchem Sinn denkt sich die Bundesregierung diese „Korrektur"?

32. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung bei der Abwasserklärung in ländlichen Bereichen durch offene Klärteiche vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

33. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz vom 15. März 1951) bisher gemacht, insbesondere mit dem 3. Abschnitt des Gesetzes, der sich mit der Verwaltung befaßt, soweit durch Unterzeichnung einer notariellen Kaufurkunde der Verwalter bereits berufen ist, er gleichzeitig Mehrheitseigentümer am Gemeinschafts- und Sondereigentum ist und das Stimmrecht nach § 745 Abs. 1 Satz 2 BGB ebenfalls notariell geregelt wurde?

34. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Verwaltung von Wohnungseigentum, insbesondere soweit im 3. Abschnitt des Wohnungseigentumsgesetzes in § 25 Mehrheitsbeschluß, § 26 Bestellung des Verwalters, § 28 Wirtschaftsplan und Rechnungslegung § 29 Verwaltungsbeirat betroffen sind, von Mehrheitsbeschlüssen abhängen, die einer Majorisierung Vorschub leisten, wenn sich die Mehrheit der Anteil der Gemeinschaft in einer Hand befinden und für die Verwaltung und Benutzung der § 745 BGB notariell zwingend vereinbart wurde, dies auch im Hinblick auf die Verfügung von Geldern der Wohnungseigentümer durch den Verwalter ohne Zustimmung eines Wohnungseigentümers oder eines Dritten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

35. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie sich die Vermögensteuer in den letzten zehn Jahren hinsichtlich der Zahl der Steuerpflichtigen, der Höhe des Gesamtvermögens und der jährlichen Steuerschuld entwickelt hat?

36. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang die Vermögensteuer nach der Reform im Jahr 1977 zurückging?

37. Abgeordneter **Baack** (SPD)

Stimmen Pressemitteilungen, nach denen das Entlaubungsgift „Agent Orange" der amerikanischen Streitkräfte, das beim Einsatz im Dschungel von Vietnam angewandt wurde, zur Unkrautbekämpfung auf den amerikanischen Stützpunkten in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt wird, und

wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung einzuleiten, um den Gebrauch dieses Entlaubungsgifts zu unterbinden?

38. Abgeordneter **Baack** (SPD)

Kann die Bundesregierung – falls das genannte Entlaubungsgift in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt wurde – angeben, wie lange das Gift auf Pflanzen- und Tierwelt wirkt, und wie die Schädlichkeit für den Menschen und seine Umwelt einzustufen ist?

39. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die unzumutbaren Schwierigkeiten bekannt, die für deutsche Firmen, insbesondere der Textilbranche, bei Exporten in EFTA-Länder hinsichtlich der Führung des Ursprungsnachweises auftreten, und was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die zwischen der EG und einigen EFTA-Staaten vereinbarten Zollpräferenzen durch einen vereinfachten und erleichterten Nämlichkeitsnachweis praxisgerecht zum Tragen zu bringen?

40. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Welche Weisungen oder Anordnungen sind erlassen worden, die die Zollbeamten in Mustin, Kreis Herzogtum Lauenburg, dazu befugt haben, am 17. Juni Transparente und Plakate der Jungen Union als Grenzprovokation zu bezeichnen und sie mit Gewalt den Demonstranten wegzunehmen?

41. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit sicherzustellen, daß eine Demonstration an der Demarkationslinie, die sich im Rahmen des von der Verfassung garantierten Demonstrationsrechts hält, in Zukunft nicht behindert wird, und ist sie bereit, den konkreten Vorfall zum Anlaß einer Klarstellung zu nehmen?

42. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Durch welche Maßnahmen kann die gestiegene Rückstandsquote bei der Kraftfahrzeugsteuer, die offensichtlich durch die Umstellung auf die Jahreszahlung zur Jahresmitte 1979 hervorgerufen wurde, auf ein normales Maß zurückgeführt werden?

43. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Treffen Pressemitteilungen zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, die Mineralölsteuer um 14 Pfennig pro Liter zu erhöhen, und wenn ja, wäre die Bundesregierung dann bereit, für Arbeitnehmer in ländlichen Räumen, die durch den öffentlichen Personennahverkehr schlecht versorgt sind und demzufolge auf ihren eigenen Personenkraftwagen angewiesen sind, einen steuerlichen Ausgleich zu schaffen, z. B. in Form einer Anhebung der Kilometerpauschale bei den Werbungskosten?

44. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Wie hoch wären die Investitionsausgaben des Bundes in den einzelnen Jahren des Zeitraums 1975 bis 1983 (1975 bis 1979 Ist-Ergebnisse, 1980 Soll Bundeshaushalt einschließlich Nachtrag, 1981 bis 1983 Finanzplanung), wenn man die Abgrenzung des vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium im Mai 1980 erstatteten Gutachtens zum Begriff der öffentlichen Investitionen zugrundelegen würde (d. h. Beschränkung auf Nettoinvestitionen und Erfassung der Finanzierungshilfen nur, soweit sie der Finanzierung von Sachinvestitionen im Inland dienen, also z. B. ohne Darlehen für konsumtive Zwecke und ohne Finanzierungshilfen für Investitionen im Ausland)?

45. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu der in der Öffentlichkeit geäußerten Kritik, daß der Bundeszoll den Erwerb von ca. 25 Einheiten von Coronett-Booten aus Dänemark mit dem Stückpreis von ca. 300 bis 350 000 DM getätigt hat, ohne vorher bei der deutschen Bootsbauindustrie über eine allgemeine Ausschreibung Angebote eingeholt zu haben, ob diese zu ähnlichen Bedingungen einen Bootstyp, der die geforderten Leistungsvorgaben erfüllt, herstellen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

46. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, wonach der Bundeskanzler anläßlich seines Moskau-Besuchs auch über das von einem westeuropäischen Firmenkonsortium geplante Kompensationsgeschäft „Lieferungen von Röhren – Bezug von sowjetischem Erdgas" verhandeln soll, und beabsichtigt die Bundesregierung, dieses Geschäft mit Hermes-Bürgschaften abzusichern?

47. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die steigenden Bezüge von Erdgas aus der Sowjetunion im Hinblick auf Sicherheit und Importabhängigkeit im Rahmen unserer Energieversorgung?

48. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die beispielhaften Bemühungen der Stadt Aachen zu fördern, ihre heißen Quellen in ein Wärmesystem einzuspeisen und gegebenenfalls den zusätzlichen Energiebedarf durch den Anschluß an ein Fernwärmesystem zu decken?

49. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Wertet die Bundesregierung diese Planungen als einen förderungswürdigen Modellversuch zur Einbeziehung terrestrischer Wärmeenergiequellen in größere Fernwärmesysteme?

50. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung hinsichtlich der Wettbewerbsgleichheit die Tatsache, daß ein namhafter Konzern der Verpackungsmittelherstellung trotz einer 18prozentigen Zunahme seiner Produktion von Einwegverpackungen ein weiteres Werk in Berlin installiert, das in seiner Endstufe ebenfalls bis zu 2,8 Milliarden Einwegverpackungen im Jahr liefern soll, und diese Investition voll über das Berlinförderungsgesetz finanziert?

51. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Ist sichergestellt, daß gerade bei Inanspruchnahme der Vorteile des Berlinförderungsgesetzes die Wettbewerbsgleichheit zu anderen Verpackungsmittelherstellern erhalten bleibt?

52. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Angebot des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Nikolai Tichonow, anläßlich seiner Gespräche in Bonn im Mai d. J. statt Erdgas Erdöl in den Westen zu exportieren, und wie ist in diesem Zusammenhang die Erklärung des sowjetischen Experten für Fragen der Erdölpolitik, Boris Ratschkow, im Bonner Energiereport vom 24. Juni 1980 zu beurteilen, der Sowjetunion Mitsprache beim ungehinderten Zutritt zu den Erdölquellen in den Golfstaaten einzuräumen?

53. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Sowjetunion mittelfristig eigene Versorgungsengpässe in der Ölversorgung sieht und die uns angebotenen Mengen durch Zugriff auf die Golfregion auszugleichen versucht?

54. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Zu welchem Ergebnis ist die Prüfung der Bundesregierung hinsichtlich der Vorschläge der Küstenländer für ein Programm Norddeutschland gelangt, und zu welchen Maßnahmen ist die Bundesregierung zur Stärkung der Wirtschaft der vier Küstenländer bereit?

55. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung von Nowosti (A. Pokrowski, BPA Ostinformation, 20. Juni 1980) zu, wonach die von den USA geforderten Wirtschaftsmaßnahmen wegen der sowjetischen Invasion in Afghanistan „nur in England und Italien gewisse Folgen gezeigt“ haben, dagegen die „Geschäftskreise Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und einer Reihe anderer Länder wieder Oberhand gewinnen“, was die jüngst „abgeschlossenen Wirtschaftsverträge“ der deutsch-sowjetischen Kommission bewiesen?

56. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung die Beschlüsse des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig zum gesteigerten Einsatz der Kernkraft als entscheidendem Beitrag einer sicheren Energieversorgung umsetzen, inwieweit insbesondere läßt sich der angestrebte Ausbau der Kernkraftkapazitäten mit den Beschlüssen der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ vereinbaren?

57. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Wird die Bundesregierung den vom saudi-arabischen Außenminister während seines jüngsten Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland gegebenen Hinweis aufgreifen, Öl könne unter Umgehung der multinationalen Konzerne auch von Staat zu Staat, d. h. konkret von Saudi-Arabien an die Bundesrepublik Deutschland geliefert werden?

58. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Welche Daten liegen der Bundesregierung über den bundesdeutschen Stromverbrauch für Elektrospeicherheizungen seit 1974 vor, und wie bewertet sie diese Entwicklung, gemessen an dem Ziel eines möglichst günstigen Verhältnisses zwischen eingesetzter Primärenergie und Endenergie?

59. Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)

Welche Auswirkungen haben die im Nachtragshaushalt 1980 beschlossenen Kürzungen bei der Titelgruppe 10 in Kapitel 09 02 – Hilfen für die Werftindustrie – für das VIII. Werfthilfeprogramm, was das laufende Jahr und das Gesamtprogramm angeht?

60. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Um welche Waren bzw. Gegenstände soll demnächst die sogenannte Cocom-Liste erweitert werden?

61.	Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)	Was hat die Bundesregierung bewogen, ein zusätzliches Versuchsprogramm zur Gewährung von Zuschüssen für das in Forschung und Entwicklung beschäftigte Personal kleinerer und mittlerer Unternehmen ausschließlich in den Bezirken der Industrie- und Handelskammern Aachen, Berlin und Kiel vorzusehen und andere Bezirke, insbesondere in Süddeutschland und im süddeutschen Zonenrandgebiet, auszuschließen?
62.	Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Stellt die Bundesregierung Überlegungen an, die Altölerfassung und die Wiederaufbereitung zu verbessern, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

63.	Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)	Trifft es zu, daß Intensivbetriebe der Massentierhaltung, in denen das artgemäße Bewegungsbedürfnis der Tiere wesentlich eingeschränkt ist, mit erheblichen Bundesmitteln gefördert werden, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diese Zuschüsse ohne Rücksicht auf ökonomische Interessen einzustellen?
64.	Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Tierschutzgesetz den für den Vollzug zuständigen Landesbehörden keine ausreichende gesetzliche Handhabung bietet, um gegen offensichtliche Tierquälereien einzuschreiten, und was gedenkt sie allenfalls dagegen zu tun?
65.	Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung die schweren Belastungen der Nordsee qualifizieren und quantifizieren, die durch die Hansestädte Hamburg und Bremen nebst Bremerhaven verursacht werden?
66.	Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, die politisch Verantwortlichen der genannten Städte durch konkrete Maßnahmen dazu zu veranlassen und dabei zu unterstützen, diese für die Ökologie des Meeres und der Küste wie für die Fischwirtschaft gleichermaßen bedrohlichen Belastungen in absehbarer Zeit zu reduzieren und schließlich ganz einzustellen?
67.	Abgeordneter **Paintner** (FDP)	Was ist aus der Sicht der Bundesregierung zu der im Allgäuer Bauernblatt vom 12. Juni wiedergegebenen Behauptung zu sagen, mit der EG-Agrarpreiserhöhung werde für die deutschen Bauern nicht einmal die Inflationsrate abgedeckt, wogegen die italienischen und französischen Kollegen Vorteile infolge der Abwertung ihrer grünen Währungen hätten?
68.	Abgeordneter **Paintner** (FDP)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich der Weltmarktpreis für Butter in letzter Zeit verändert hat, und welche Gründe und Konsequenzen das hat?
69.	Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)	Ist es Ziel der Bundesregierung, durch § 9 des Grundstückverkehrsgesetzes die Entwicklung von Nebenerwerbslandwirten zu Vollerwerbslandwirten zu unterbinden, und ist es der Bundesregierung bekannt, daß im Land Baden-Württemberg das Gesetz in diesem Sinn angewandt wird?

70. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (CDU/CSU)

Gibt es nach Ansicht der Bundesregierung eine bundesrechtliche Grundlage, die die Landwirtschaftsverwaltung berechtigt, zur Ausübung des landwirtschaftlichen Vorkaufsrechts nach § 9 des Grundstückverkehrsgesetzes Grundstücke bei Hofbesuchen anzubieten, oder sieht die Bundesregierung hierin den Tatbestand der Investionslenkung?

71. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler darauf hingewirkt, daß der Verkauf von EG-Einlagerungserzeugnissen an die Sowjetunion – zu denen auch EG-Butter gehört – den mit den USA abgesprochenen oder abzusprechenden Maßnahmen entspricht, um zu verhindern, daß die durch US-Maßnahmen entstandenen Lücken auf dem russischen Markt geschlossen werden, und wenn nein, welche Gründe haben den Bundeskanzler davon abgehalten, sich hier einzuschalten?

72. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Will Bundesminister Ertl ein Markenzeichen für die in Bodenhaltung produzierten Eier schaffen, und wenn ja, wann ist mit einer entsprechenden Vorlage zu rechnen?

73. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine rechtliche Möglichkeit, die Einfuhr von Seehundfellen zu verbieten, um damit einen Beitrag im Kampf gegen die Ausrottung der Seehunde zu leisten, und wäre sie gegebenenfalls bereit, ein solches Verbot in absehbarer Zeit zu veranlassen?

74. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Welche Agrarprodukte in jeweils welchen Mengen wurden in den Jahren 1976 bis einschließlich 1979 innerhalb der EG denaturiert?

75. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Welchen Warenwert hatten diese Agrarprodukte im einzelnen, und wie hoch waren die Gesamtkosten für die Denaturierung?

76. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Kann die Bundesregierung Klagen über den unververnünftig hohen Verwaltungsaufwand bei Abgabe von verbilligter Milch und Milchprodukten an Schulen bestätigen, und wenn ja, welche Maßnahmen hat bzw. wird die Bundesregierung ergreifen, um die EG-Kommission für ein vereinfachtes Verfahren zu gewinnen?

77. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

In welcher Höhe (Betrag und Jahr) sind die im Kabinettsbeschluß der Bundesregierung vom 4. Juni 1980 zu den jüngsten Brüsseler Beschlüssen (vgl. Pressemitteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nummer 146/80 vom 5. Juni 1980) genannten voraussichtlichen zusätzlichen Haushaltsbelastungen des Bundes von 600 Millionen DM für 1980 und 1800 Millionen DM für 1981 auf die Entlastung Großbritanniens zurückzuführen, und in welcher Höhe (Betrag und Jahr) sind sie durch die Agrarbeschlüsse bedingt?

78. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Welche zusätzlichen Haushaltsmehrbelastungen des Bundes ergeben sich in den einzelnen Haushaltsjahren ab 1982 durch die Beschlüsse zur Entlastung Großbritanniens und die Agrarbeschlüsse (jeweils getrennt)?

79. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie hoch war die Zahl derjenigen, die über ihre Gewinne aus Sonderkulturen, weinbaulicher Nutzung, gärtnerischer Nutzung, sonstiger land- und forstwirtschaftlicher Nutzung, Nebenbetrieben, Abbauland sowie Geringstland eine Einnahme-Ausgabe-Rechnung zu führen hatten bzw. vom Finanzamt geschätzt wurden, da die Bewertungsgrenze über 4 000 DM lag, und wieviel Fälle werden dies künftig sein, nachdem die Bewertungsgrenze durch das Gesetz zur Neuregelung der Einkommenbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft auf 2 000 DM gesenkt wurde?

80. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung eine Übersicht über die durchschnittliche Verfahrensdauer bei Flurbereinigungen, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

81. Abgeordneter **Prangenberg** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Ursachen der Tatsache zugrundeliegen, daß die Bearbeitungszeiten der Behörden der Länder für Anträge auf Schwerbehindertenausweise unverhältnismäßig lang sind und im Bereich einiger Versorgungsträger (z. B. Essen) die Bearbeitungszeit für Anträge auf Schwerbehindertenausweise zwischen neun und zwölf Monaten beträgt, und kann die Bundesregierung zur Abhilfe beitragen, obwohl es sich um eine Angelegenheit der Länder handelt?

82. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß einer Witwe mit fünf Kindern 10 Prozent ihrer Witwenrente gekürzt werden mit der Begründung, daß jedes Kind einen Anspruch auf Waisenrente in Höhe von 1/10 der Bemessungsgrundlage hat, die Hinterbliebenenrente insgesamt aber 10/10 der Bemessungsgrundlage nicht übersteigen dürfe, und beabsichtigt die Bundesregierung hier eine Gesetzesänderung?

83. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche Daten liegen der Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Buschfort in seiner Antwort auf meine Fragen B 45 und 46 der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 18./19. Juni 1980 über die Höhe der Arbeitnehmernettoentgelte zugrunde, da doch die Lohnsteuerbelastung des einzelnen Arbeitnehmers je nach Familienstand verschieden ist, z. B. diese im Jahr 1977 für den ledigen Facharbeiter mit Durchschnittsverdienst rund 20 Prozent und für den verheirateten ohne Kind nur 12,7 Prozent betrug, bzw. wieso betrachtet die Bundesregierung die „durchschnittliche Lohnabzugsbelastung in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ als zulässige Grundlage für einen Vergleich der Renten mit den Nettolöhnen?

84. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit zu bestätigen, daß es keine „geringe Abweichung von dem bisherigen Bruttolohnprinzip“ ist, wenn ein Durchschnittsverdiener mit einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 Prozent nach 40 Versicherungsjahren

im Versicherungsfall z. B. im Jahr 1980 anstatt, wie nach altem, d. h. vor dem 20. Rentenanpassungsgesetz bestandenen Recht, eine Jahresrente von 14 920 DM, nach dem 21. Rentenanpassungsgesetz jedoch nur noch eine solche von 13 146 DM, also 1 774 DM oder 13,5 Prozent, bzw. 1981 und in den folgenden Jahren sogar 15,5 Prozent weniger erhält, und das auch noch bei Inflationsraten von über fünf Prozent?

85. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Welche Schritte kann die Bundesregierung unternehmen, um dem Mangel an Pflegekräften an Krankenhäusern – Zeitungsmeldungen zufolge fehlen im Bundesgebiet 30 000 Pflegekräfte – abzuhelfen, und ist angesichts dieser Situation der Anwerbestopp für koreanische Krankenschwestern nach Auffassung der Bundesregierung noch vertretbar?

86. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

In welchem Umfang findet eine Förderung der IG-Metall durch die Bundesregierung statt, und welche öffentliche Aufgaben nimmt die Industriegewerkschaft Metall wahr, die gegebenenfalls eine Förderung durch die Bundesregierung rechtfertigen?

87. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die geänderten Richtlinien für Schwerbehinderte und Schwerbeschädigte sich für Körperbehinderte insofern negativ auswirken, daß trotz Erhöhung der Erwerbsminderung diesen der Ausweis zur Parkerleichterung, sowie der Eindruck „Rf" im Behindertenausweis versagt werden, und wenn ja, welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

88. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie viele Asylbewerber haben nach den Feststellungen der Bundesanstalt für Arbeit eine Arbeitserlaubnis, und wie hoch wären nach den Schätzungen der Bundesregierung die Mehrausgaben an Sozialhilfe im ersten Halbjahr 1980 gewesen, wenn für Asylbewerber ein Arbeitsverbot bestanden hätte?

89. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie sind die bisherigen Erfahrungen mit den Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungschancen von Arbeitslosen nach § 41 a des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG), untergliedert auf Männer und Frauen, und hat sich insbesondere die zeitliche Begrenzung auf sechs Wochen sowie die Verknüpfung mit Maßnahmen der beruflichen Bildung als zweckmäßig erwiesen, und inwieweit ist eine sozialpädagogische Betreuung dieser Maßnahme notwendig?

90. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wann wird die neue Werkstättenverordnung nach dem Schwerbehindertengesetz verkündet, liegen schon Erfahrungen über die Mitwirkung von Vertretern der Bundesanstalt für Arbeit und über örtliche Träger der Sozialhilfe im Fachausschuß von Werkstätten bei neuen AFG-Maßnahmen vor, desgleichen über die Mitwirkung von Behinderten und Eltern in den ihre Interessen berührenden Angelegenheiten?

91. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Wirkungen verspricht sich die Bundesregierung von der neuen Werkstättenverordnung in Verbindung mit dem Arbeitsförderungsgesetz?

92. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Angestellte, die von der Sozialversicherung durch Abschluß einer Lebensversicherung befreit waren und unverschuldet arbeitslos wurden, durch unsachgemäße Beratung der Arbeitsverwaltung und der Rentenversicherungsträger (Ablehnung von Zahlungen zur Aufrechterhaltung der Lebensversicherung) erhebliche Nachteile für ihre vorgezogene Altersrente hinnehmen mußten?

93. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür einzutreten, daß in solchen Fällen die gesetzlich zustehenden Beitragszahlungen zur Lebensversicherung nachträglich auf dem Kulanzwege ausgezahlt werden, wenn die Rentenversicherung nicht mehr bereit ist, eine Neuberechnung der Rente vorzunehmen?

94. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wird die Bundesregierung die ihr nachgeordneten Behörden darauf hinweisen, bei gleichgelagerten Fällen unbürokratisch vorzugehen, um den Betroffenen Ärger und langen Behördenstreit zu ersparen?

95. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen von Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auf die Eingliederung von Frauen in Tätigkeitsgebieten des sogenannten sozialen Bereichs?

96. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Welche kurzfristigen Prognosen hält die Bundesregierung für den Bereich der Arbeitsmarktentwicklung in der bundesdeutschen Stahlindustrie für realistisch?

97. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung nach ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage Nummer 3, Drucksache 8/4270, behinderten Erwerbsunfähigkeitsrentnern zu berufsfördernden Leistungen zu verhelfen, wenn die Rentenversicherungsträger dies für Behinderte, die nach der Maßnahme voraussichtlich nur in einer Werkstatt für Behinderte tätig sein können, mit dem Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts ablehnen, weil Behinderte in Werkstätten für Behinderte erfahrungsgemäß mit ihren Arbeitserlösen unter einem Achtel der Beitragsbemesserungsgrundlage bleiben?

98. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Welche Rolle kann in diesem Zusammenhang der § 57 des Arbeitsförderungsgesetzes spielen?

99. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

In welchem Verhältnis stehen nach Meinung der Bundesregierung ein Achtel der Beitragsbemessungsgrundlage und der Absatz 3 des § 52 des Schwerbehindertengesetzes zueinander?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

100. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Ist durch die Verlagerung von Übungen der Luftwaffe in dünn besiedelte NATO-Länder vorgesehen, diese Übungen auch über der Schwäbischen Alb im Bereich des Truppenübungsplatzes Münsingen zu verringern?

101. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Wenn ja, ab wann kann damit gerechnet werden, daß die Belästigung der Bevölkerung und der Fremdenverkehrsorte der Schwäbischen Alb geringer wird?

102. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung unter Bezugnahme auf ihre Antwort auf die Kleine Anfrage zur „zahnmedizinischen Versorgung der Bundeswehr" (Drucksache 8/4152) zukünftig sicherzustellen, daß eine Wehrüberwachung von wehrpflichtigen Zahnärzten erreicht werden kann?

103. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bei jährlich etwa 1 000 Neuapprobationen von Zahnärzten es möglich sein dürfte, den Bedarf der Bundeswehr in ausreichendem Maß abzudecken?

104. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, seit wann entsprechende Verhandlungen geführt werden, von den Behörden der Länder die Liste der approbierten Zahnärzte zu erhalten, und bis zu welchem Zeitpunkt mit der Vorlage konkreter Ergebnisse gerechnet werden kann?

105. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Welche baulichen Maßnahmen werden nach Meinung der Bundesregierung bei der Verlegung der dritten und vierten Kompanie des Panzeraufklärungsbataillons 12 von Wildflecken nach Ebern in Ebern erforderlich?

106. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um eine ordnungsgemäße wohnliche Unterbringung der Soldaten auf Zeit und der Berufssoldaten und ihrer Familien im Raum Ebern sicherzustellen?

107. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

In welchen Standorten in der Bundesrepublik Deutschland müssen nach Auffassung des Bundesverteidigungsministers die Unterkünfte der Soldaten noch verbessert werden?

108. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die gewaltsame Inbesitznahme des Stabsgebäudes auf dem Gelände der Thiepval-Kaserne in Tübingen durch eine Gruppe von Studenten, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie gegen diese rechtswidrige Aktion zu ergreifen?

109. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, wonach die Bundeswehrverwaltung mit einer solchen Aktion Tübinger Studenten gerechnet, aber von vornherein nicht die Absicht hatte, gegen eine solche rechtswidrige Aktion etwas zu unternehmen (vgl. Reutlinger Generalanzeiger vom 20. Juni 1980), und welche Gründe waren dafür gegebenenfalls maßgebend?

110. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie viele sowjetrussische Soldaten und wieviel Panzer der Roten Armee sind seit der Ankündigung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew vom November letzten Jahres, 20 000 Soldaten und 1 000 Panzer aus der DDR abzuziehen, nach den Erkenntnissen der Bundesregierung tatsächlich abgezogen worden, und wohin sind diese Streitkräfte verlegt worden?

111. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wie war der Stand der Verhandlungen am 18. Juni 1980 zwischen der Bundesvermögensverwaltung und dem Tübinger Studentenwerk über die Nutzung des Stabsgebäudes auf dem Gelände der Thiepval-Kaserne für Wohnzwecke der Studenten, und wie wirkt sich die rechtswidrige Aktion einer Gruppe Tübinger Studenten (Hausbesetzung) auf die Verhandlungen aus?

112. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wie soll langfristig die Thiepval-Kaserne nach den Vorstellungen der Bundesregierung genutzt werden, und wie soll in der Übergangszeit, bis zu der diese langfristig geplante Nutzung möglich ist, die Thiepval-Kaserne nach den Vorstellungen der Bundesregierung verwendet werden?

113. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Umstände bekannt, wonach Bundeswehrangehörige des Luftwaffenversorgungsregiments 8 und deren Familien am Standort Mechernich durch Bleischäden gefährdet sind?

114. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß vor der Deines-Bruchmüller-Kaserne in Lahnstein für die Soldaten genügend Parkfläche geschaffen wird, damit diese ihre Autos nicht mehr im Straßengraben parken müssen?

115. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung den großen Zapfenstreich für ein den Grundsätzen zur Tradition in der Bundeswehr entsprechendes feierliches Militärkonzert, oder betrachtet sie ihn für nicht mehr zeitgemäß oder gar vordemokratisch und damit im Widerspruch zur Tradition der Bundeswehr stehend?

116. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß an der Bundeswehrfachschule in Mainz ein Lehrgangsteilnehmer (Stabsunteroffizier) zum Fachlehrer für politische Gemeinschaftskunde gesagt haben soll, „Was reden Sie von Ponto und Schleyer? Das waren übelste Ausbeuter, die sich auf Kosten des Volks bereicherten. Die haben ihr Existenzrecht verloren.“, und ist, wenn dieses Zitat wörtlich oder sinngemäß zutreffen sollte, gegen den, der sich so geäußert hat, ein Strafverfahren, ein disziplinargerichtliches Verfahren oder ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, und wenn ja, durch wen?

117. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in der Presse veröffentlichte Feststellung des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Jürgen Brandt, zur militärpolitischen Lage nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, „Wir haben uns geirrt! . . . Wir müssen erkennen, daß die Sowjetunion bereit ist, höhere Risiken einzugehen . . .“, und daß die Annahme, auf die sich teilweise die Entspannungspolitik stütze, ins Wanken geraten sei, daß die Sowjetunion in ihrer territorialen Machtbasis ein saturierter Staat sei, und Moskau nicht die Bereitschaft zugetraut worden sei, seinen Respekt, den es in der Dritten Welt genieße und die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit dem Westen zur Disposition zu stellen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

118. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Zusage an Saudi-Arabien, die Ausbildung von Soldaten durch die Bundeswehr zu übernehmen, Auskunft darüber geben, welchen Staaten eine solche Militärhilfe bisher gewährt wurde und für welche Staaten eine derartige Unterstützung bereits vorgesehen ist?

119. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung, daß sie in der Beantwortung meiner Fragen vom 12. Juni 1980 ziemlich genaue Angaben zum Umfang des von Breschnew propagierten Truppenrückzugs der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) aus Mitteldeutschland machen kann, zugleich aber eingestehen muß, daß ihr über gleichzeitige Umgliederungen und damit mögliche Verstärkungen der GSSD, die die Verminderung der sowjetischen Panzer und Soldaten auf „DDR"-Gebiet wettmachen würden, „keine gesicherten Erkenntnisse" vorliegen?

120. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Ist die Fortsetzung des Neubaus für das Materialamt der Bundeswehr in Sankt Augustin durch Kürzung im Haushaltsplan gefährdet oder hinausgeschoben, und wann kann mit dem endgültigen Abschluß der Bauarbeiten gerechnet werden?

121. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die von der Bezirksplanungsbehörde in Köln dem Bezirksplanungsrat vorgelegte Analyse zum Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz (ModEnG) bekannt, in der empfohlen wird, die §§ 11 und 12 Abs. 1, 2 und 4 ModEnG ersatzlos zu streichen, und welche Folgerungen hält die Bundesregierung für notwendig?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

122. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Liegt der Bundesregierung das Ergebnis der Untersuchung vor über die Probleme der Ausgewogenheit zwischen der Anzahl der Medizinstudenten und der für ihre Ausbildung erforderlichen Mittel, die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Beratenden Ausschuß für die ärztliche Ausbildung in Auftrag gegeben wurde?

123. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das Ergebnis der Prüfung durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften bekannt, die diese an der Stellungnahme zur spezifischen Weiterbildung zum Allgemeinmediziner des Beratenden Ausschusses für die ärztliche Ausbildung vorgenommen hat, um daraus etwaige Schlußfolgerungen für eine Anpassung der Richtlinien über die quantitativen und qualitativen Mindestnormen für die ärztliche Ausbildung zu ziehen?

124. Abgeordneter **Sybertz** (SPD)

Geht auch die Bundesregierung davon aus, daß die bereitgestellten Mittel für den Heizölkostenzuschuß bis zum 31. Oktober 1980 nur teilweise in Anspruch genommen werden?

125. Abgeordneter **Sybertz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, für die nicht abgerufenen Finanzmittel den Kreis der Anspruchsberechtigten auch auf die Benutzer von Gasheizungen auszudehnen, da die Preisentwicklung bei Gas den Heizölpreisen gefolgt ist?

126. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung nach dem Beispiel der USA (Warning: The Surgeon General Has Determined That Cigarette Smoking is Dangerous to Your Health.), die Tabakindustrie zu verpflichten, auf Zigarettenpackungen und in Werbeanzeigen auf die Schädlichkeit des Rauchens hinzuweisen, oder gibt es Hinderungsgründe?

127. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Hält die Bundesregierung entsprechende Hinweise auf Zigarettenpackungen und in Werbeanzeigen nicht für viel wirksamer als gelegentliche Aufklärungsaktionen über die Gefahren des Tabakgenusses?

128. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Sind die beiden im Haushaltsplan 1980 bewilligten Planstellen nach A 15 (Titel 42 201) und V b (Titel 42 501) bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit der speziellen Zweckbestimmung „für Aufklärung im Zusammenhang mit dem Transplantationsgesetz“ inzwischen besetzt worden, und wann ist mit dem dringend erforderlichen Informationsmaterial zur Unterstützung der freiwilligen Bereitschaft zur Organspende zu rechnen?

129. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, im Rahmen der Einsparungen im Bundeshaushalt zur Finanzierung der Erhöhung des deutschen Beitrags zum Haushalt der EG u. a. auch die Mittel für den Bundesjugendplan zu kürzen, und gegebenenfalls in welcher Höhe?

130. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Wie vereinbart die Bundesregierung gegebenenfalls Kürzungen im Bundesjugendplan mit ihren Bemühungen um eine bessere finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit im Entwurf des Jugendhilfegesetzes?

131. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Ergebnisse einer Untersuchung von Ch. J. Zoock und F. D. Moore von der Havard-Universität an Krankenhäusern in den Vereinigten Staaten von Amerika bekannt, die im „New England Journal of Medicine“, Band 302, Seite 996, mitgeteilt werden, daß für 13 Prozent der Kranken, die an Krankheiten leiden, die durch eine gesundheitsschädigende Lebensweise – Rauchen, Alkoholismus und Übergewicht – begünstigt werden, genausoviel aufgewendet werden muß wie für die restlichen 87 Prozent, und treffen diese Ergebnisse auch für die Bundesrepublik Deutschland zu?

132. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen sind hier gegebenenfalls nach Meinung der Bundesregierung beim Bemühen, die Kosten für die medizinische Versorgung einzudämmen, anzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

133. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Anzahl der Pkw-Stellplätze für Behinderte auf öffentlichen Parkplätzen verbindlich festzulegen und diese Stellplätze für verbindlich zu erklären?

134. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, allen Schwerbehinderten (ab 50 v. H. Minderung der Erwerbsfähigkeit, mindestens aber mit Geh- und Stehbehinderungen), das Parken auf den ausgewiesenen öffentlichen Stellplätzen zu ermöglichen?

135. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Entscheidung der Deutschen Bundesbahn für korrekt und vorbildlich, Bahnanlagen am Bahnhof des Luftkurorts Eslohe/Sauerland, die in der Nähe des Kurbereichs liegen und nicht abgeschirmt werden können, einer Firma für das Sammeln und Verladen von Autowracks zur Verfügung zu stellen?

136. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine Änderung des Bundesbahngesetzes für sinnvoll, die darauf abzielt, für Autowrackzwischenlager auf Bahnanlagen die gleichen Voraussetzungen zu fordern und Bedingungen festzulegen, die auch ansonsten für Autowrackzwischenlager gelten?

137. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für angezeigt, für Ausländer bei der Einreise mit dem Kraftfahrzeug eine pauschale Autobahnbenutzungsgebühr einzuführen, nachdem jetzt in Frankreich die Autobahnbenutzungsgebühren erneut um rund 12 Prozent erhöht wurden?

138. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf der Sitzung der Ständigen Kommission von EUROCONTROL am 8. Juli 1980 oder auch später den Antrag zu stellen, daß die Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung vom 1. März 1983 die EUROCONTROL-Zentrale Karlsruhe als Eigentum erwirbt?

139. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Wenn ja, wie verträgt sich diese Absicht mit dem einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 18. Juni 1980, der die Bundesregierung verpflichtet, den Renationalisierungsbestrebungen in der europäischen Flugsicherung entschieden entgegenzuwirken?

140. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Deutsche Bundesbahn für die Gestellung einer Eicheinheit einen Personalstundensatz von 40,14 DM in Rechnung stellt, und wird gegebenenfalls ein solcher Stundensatz auch für private Unternehmer bei der Abrechnung öffentlicher Aufträge anerkannt?

141. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die gegenwärtig vorgeschriebene Ruhezeit im Fahrdienst mit Kraftomnibussen zu kurz ist, um sicherzustellen, daß Busfahrer z. B. bei Wechsel der Schicht-

zeit ausgeschlafen ihren Dienst antreten, und ist sie bereit, durch eine Änderung des § 15 a der Straßenverkehrs-Ordnung, VO EWG Nr. 543/69, festzulegen, daß die Ruhezeit im Fahrdienst mit Kraftomnibussen mindestens zwölf Stunden betragen muß?

142. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie ist es mit der von der Bundesregierung betriebenen Resozialisierungspolitik im Justizbereich vereinbar, daß bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost grundsätzlich keine Vorbestraften eingestellt werden?

143. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Ist die Bundesregierung auch der Auffassung, daß zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beim Ein- oder Abbiegen bzw. Kreuzen von Straßen an sämtlichen im Straßenverkehr befindlichen Fahrzeugen eine seitliche, bei Nacht reflektierende Markierung angebracht werden sollte, und bereitet die Bundesregierung gegebenenfalls eine entsprechende Vorschrift vor?

144. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für zulässig, daß im Rahmen des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr, an dem auch die Deutsche Bundesbahn beteiligt ist, im Großraum Rhein-Ruhr die Fahrpreisermäßigungen für kinderreiche Familien, die die Deutsche Bundesbahn normalerweise gewährt, entfallen sind?

145. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die durch diese Maßnahmen entstandene regionale Ungleichheit im Tarifverhalten der Deutschen Bundesbahn, durch die kinderreiche Familien im Gebiet des Verkehrsverbands erheblich betroffen sind, wieder zu beseitigen?

146. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung inzwischen nach Vorliegen des Untersuchungsergebnisses über den Untergang der „München" ihre Prüfungen abgeschlossen, und zu welchem Ergebnis ist sie nunmehr unter Würdigung der Bremerhavener Verhandlung gekommen, nachdem sie auf meine Fragen zur Verbesserung des Rettungswesens auf See in ihrer Antwort vom 15. März 1979 neue Initiativen angekündigt hat?

147. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung mir zu, daß sich aus der Untersuchung des Untergangs der „München" insbesondere ergeben hat, daß die Rettungsboote offenbar ungeeignet waren, und zieht sie daraus die Folgerung, im Sinne auch der Bemühungen der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrtsorganisation (IMCO) und der Seeberufsgenossenschaft sowie vor allem der Seeleute an Bord geschlossene Rettungsboote des neuesten Entwicklungsstands künftig vorzuschreiben?

148. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist es richtig, wie im „Stern" vom 19. Juni ausgeführt, daß auch die Deutsche Bundesbahn in großer Menge giftige Pflanzenvernichtungsmittel einsetzt, und aus welchem Grund kann das Gras z. B. an Bahndämmen nicht wieder im stärkeren Maß in herkömmlicher Weise gemäht werden?

149. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist aus der Tatsache, daß der Bundesverkehrsminister einem einheitlichen europäischen Führerschein zugestimmt hat, der auf dem Deckblatt das Nationalitätskennzeichen des Ausstellerlands, also in der Bundesrepublik Deutschland das Kennzeichen „D", tragen wird, zu schließen, daß die Bundesregierung nun doch die Notwendigkeit einer Abkürzung dieses aus 25 Buchstaben bestehenden Namens eingesehen hat und dafür das „D" allgemein durchsetzen möchte, um ein von ihr abgelehntes Kürzel zu vermeiden?

150. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Geht die Bundesregierung bezüglich der A33 in dem in Stufe II ausgewiesenen Bereich zwischen Brackwede und Borgholzhausen davon aus, daß, solange die Linienbestimmung nicht aufgehoben ist, vom Fortbestand des in § 16 Abs. 2 Satz 3 des Bundesfernstraßengesetzes normierten Vorrangs der Bundesfernstraßenplanung vor der Ortsplanung auszugehen ist, und in welchem Zeitraum wird die Überprüfung der Linienführung in diesem Bereich abgeschlossen sein können?

151. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach den monatelangen Verhandlungen und Prüfungen es jetzt an der Zeit ist, die Entscheidung über die Autobahn-Emsquerung bei Leer (Brücke, Tunnel, Scheiteltiefe) zu treffen, und wo liegen eigentlich die Gründe für die Verzögerung der seit langem angekündigten Entscheidung?

152. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre nachgeordneten Dienststellen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost in einem Bereich wie dem der ehemaligen Kreisstadt Mayen, Rheinland-Pfalz, anzuweisen, privaten Omnibusunternehmern nicht länger unter Bezugnahme auf eine garantierte Monopolstellung das Anfahren von eingemeindeten Nachbarortschaften zu Tageszeiten, die für Berufstätige besonders wichtig sind, mehr oder weniger unmöglich zu machen?

153. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie viele Personen sind bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr inclusive aller Nebenstellen mit der Erstellung bzw. Auswertung von Statistiken beschäftigt, und welche Konsequenzen für den Güterfernverkehr werden aus diesen Statistiken gezogen?

154. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie hoch ist der Jahresetat 1980, und welche Summe erhält die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr aus dem Bundeshaushalt 1980?

155. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist damit zu rechnen, daß die begonnenen Arbeiten an der geplanten Umgehung Rheinbrohl im Zuge der B 42 wegen Kürzung von Bundesmitteln eingestellt werden, oder kann mit einem kontinuierlichen Ausbau gerechnet werden?

156. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wann kann mit einer endgültigen Entscheidung über den Ausbau der B 42 im Raum Unkel — Rheinbreitbach gerechnet werden, nachdem beide Gemeinderäte gegensätzliche Beschlüsse gefaßt haben?

157. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um dem Wunsch großer Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft der Stadt Herzogenrath, Kreis Aachen, zu entsprechen, bei der Bundesautobahn A 44 Düsseldorf – Aachen die Änderung der Ausfahrtsbeschilderung Richtung Herzogenrath an der Ausfahrt Düsseldorf-Hoengen einzurichten?

158. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wie erkärt sich die Bundesregierung, daß auf entsprechende Anfragen aus den betroffenen Bevölkerungskreisen, die auf diese sinnvolle Verkehrslenkung aufmerksam gemacht haben, bis heute keinerlei ausreichende Antwort erfolgt ist?

159. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Treffen Pressemitteilungen (z. B. Süddeutsche Zeitung vom 14. März 1980) zu, daß in einer Gemeinde die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost Abwässer ohne Wissen und Genehmigung der Gemeinde – und somit gebührenfrei – in das öffentliche Kanalnetz eingeleitet haben?

160. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Sind andere Fälle der Einleitung von Abwasser aus dem Bereich der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost in das öffentliche Kanalnetz ohne Genehmigung bekannt?

161. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Was kann nach Auffassung der Bundesregierung veranlaßt werden, um solche Fälle in Zukunft auszuschließen?

162. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Verfügen die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost über für den Umweltschutz zuständige Referate oder Beauftragte?

163. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Brücke, die zur Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs im Zuge der K 3731/32 bei Sinzheim demnächst gebaut wird, nur so dimensioniert ist, daß darunter kein Platz mehr für die Bundesbahnschnelltrasse Mannheim – Basel ist, die in diesem Streckenabschnitt an den jetzigen Schienenkörper der Rheintalbahn angelehnt werden soll, und läßt sich zutreffendenfalls dieser Planungsfehler noch rechtzeitig vor Baubeginn beheben?

164. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung sicherstellen, daß bei der im Bedarfsplan für Bundesfernstraßen in Dringlichkeitsstufe I vorgesehenen Erweiterung der BAB A 5 auf sechs Spuren zwischen Karlsruhe und Rastatt Lärmschutzmaßnahmen zum Schutz der anliegenden Orte, insbesondere von Ettlingen und Malsch, gebaut werden, und welcher Art werden diese Maßnahmen voraussichtlich sein?

165. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Bussen der Deutschen Bundesbahn Wahlplakate der SPD ausgestellt sind, und billigt die Bundesregierung diese Art der Wahlwerbung?

166. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung künftig bereit, dafür Sorge zu tragen, daß bundesweit die Verkehrsmittel der Deutschen Bundesbahn nicht als Werbeträger für SPD-Propaganda gebraucht werden?

167. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Wäre der Bundespostminister bereit, angesichts der günstigen Finanzlage der Deutschen Bundespost den Telefonkunden künftig ein Fernsprechverzeichnis des Nachbarbereichs nach Wahl ohne die Schutzgebühr von 2 DM abzugeben, und wenn nein, warum nicht?

168. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Denkt die Bundesregierung an die Einführung einer besonderen Gebührenregelung für Briefsendungen von Schwerhörigen und Ertaubten, die der Regelung entspricht, wie sie für den Postversand von Tonaufzeichnungen durch Blinde gilt?

169. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Trifft eine Pressemeldung (Süddeutsche Zeitung vom 19. Juni 1980) zu, wonach sich die Deutsche Bundespost, vertreten durch die Oberpostdirektion München, geweigert hat, den beauftragten Forschern der Technischen Universität München die für die Messung von Energieaufwand und Umweltschäden dringend benötigten Daten über den tatsächlichen Spritverbrauch von Postfahrzeugen bekanntzugeben, und mit welcher Begründung ist gegebenenfalls diese Auskunft verweigert worden?

170. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)

Trifft es zu, daß ein neues elektronisches Notrufsystem, wie es zur Zeit in Holland installiert wird, mit dem von jedem beliebigen Platz der Wohnung aus über das Telefonnetz mit einer Notrufzentrale automatisch Verbindung aufgenommen werden kann, in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit nicht eingeführt werden kann, weil dafür noch keine fernmelderechtliche Genehmigung der Deutschen Bundespost vorliegt?

171. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, diese Genehmigung zu erteilen, damit älteren und behinderten Mitbürgern bestmögliche Hilfe zuteil werden kann?

172. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung über die in meiner Anfrage (Fragestunde vom 28./29. November 1979) hinaus aufgeführten Geräte weitere aus dem Sektor der Nachrichtentechnik (Fernsehempfänger, Videorekorder und Teletexendgeräte) anzubieten und damit erneut in mittelständische Bereiche einzudringen?

173. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, nach denen die Bundesregierung den Kauf dieser Geräte in Japan beabsichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

174. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Anträge zur Förderung nach dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz bisher insgesamt gestellt worden und wieviel Anträge wegen der beschränkt zugeteilten Förderungsmittel abschlägig beschieden worden sind?

175. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zu verhindern, daß auf Grund der beschränkt zugeteilten Förderungsmittel auch in den kommenden Haushaltsjahren zahlreiche Förderungsanträge aus diesem Grund abschlägig beschieden werden müssen?

176. Abgeordneter **Schleifenbaum** (FDP)

Wird die Erkenntnis der Bundesregierung, daß der Einrichtung von Behörden des Bundes und der Länder in strukturschwachen, ländlichen Räumen besondere Bedeutung zukommen, zu einer Überprüfung der für die Errichtung oder Verlagerung von Bundeseinrichtungen vorgesehenen Standorte führen?

177. Abgeordneter **Schleifenbaum** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, das Wittgensteiner Land in der Raumordnungsregion Nr. 30 bei der Errichtung bzw. Verlagerung von Bundeseinrichtungen zu berücksichtigen?

178. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Neuinvestitionen aller Versicherungsunternehmen in den Wohnungsbau gemessen an der Entwicklung der Gesamtinvestitionen seit 1971 jährlich entwickelt haben, und wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung für 1980?

179. Abgeordneter **Blügel** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Versicherungsunternehmen zunehmend im Interesse der Erhaltung einer gesunden Anlagestruktur auf den öffentlich geförderten Wohnungsbau ausweichen, und worauf führt die Bundesregierung diese Entwicklung zurück?

180. Abgeordneter **Erpenbeck** (CDU/CSU)

An welche gesetzlich festgelegten Anlagegrundsätze sind die Versicherungsunternehmen gebunden, wieweit sind diese insbesondere durch diese Grundsätze an Investitionen im freifinanzierten Mietwohnungsbau gehindert?

181. Abgeordneter **Erpenbeck** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen Versicherungsunternehmen die Aufnahme von Anlageobjekten im freifinanzierten Wohnungsbau in den Deckungsstock verweigert hat, und trifft es zu, daß diese Weigerung auch damit begründet wird, daß das Anlageobjekt wegen des restriktiven Mietrechts in absehbarer Zeit nicht in die erforderliche Rendite hineinwachsen werde?

182. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angeben, wie sich bei den Anlageobjekten der Versicherungsunternehmen in den Wohnungsbau die Finanzierungskosten und die Bodenpreise auswirken, gemessen an den Gesamtkosten des Anlageobjekts und unter Berücksichtigung des besonderen Anlageverhaltens der Versicherungsunternehmen?

183. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis der Umfragen des Verbands der Lebensversicherungsunternehmen, daß die überwiegende Mehrheit der Lebensversicherungsunternehmen ihre Zurückhaltung bei Investitionen in den Wohnungsbau auf die restriktiven Wirkungen des Miethöhengesetzes zurückführt, und daß sie sich wieder stärker im Mietwohnungsbau engagieren würden, wenn die Durchführung berechtigter Mieterhöhungen erleichtert würde?

184. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung in Anbetracht der Ergebnisse der Umfrage des Verbands der Lebensversicherungsunternehmen an ihrer Aussage auch weiterhin fest, es gäbe keinerlei Anhaltspunkte, daß das geltende Mietrecht, insbesondere das Mieterhöhungsverfahren, sich auf das Investitionsverhalten im freifinanzierten Mietwohnungsbau ausgewirkt habe?

185. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Investitionsbedingungen im freifinanzierten Mietwohnungsbau, insbesondere auch für die Versicherungsunternehmen zu verbessern?

186. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der kürzlich vorgelegten Dokumentation über „Probleme der Raumordnung in den Kiesabbaugebieten am Oberrhein", welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung vor, um überregionale Richtlinien unter Berücksichtigung wasserrechtlicher, ökologischer und ökonomischer Fragen zu fördern, wie sie demnächst in Frankreich bereits in Kraft treten?

187. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit besteht die Möglichkeit, im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes neue Sanierungsvorhaben, wie z. B. in der Stadt Dierdorf, Kreis Neuwied, in das Programm aufzunehmen, nachdem diese Stadt bereits aus eigener Kraft erhebliche Vorleistungen erbracht hat?

188. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, Mittel für eine Neuauflage des Bundesraumordnungsberichts 1978 bereitzustellen, wenn sich herausstellen sollte, daß wegen der großen Nachfrage die Erstausgabe vergriffen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

189. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung von Bestimmungen unterrichtet, nach denen amnestierte politische Häftlinge in Ost-Berlin und in der DDR ein Doppel ihrer Wohnungs- und Hausschlüssel bei der Volkspolizei hinterlegen müssen und nach denen die Volkspolizei jederzeit berechtigt ist, bei jeder Tages- und Nachtzeit, in die Wohnungen einzudringen?

190. Abgeordneter **Dr. von Wartenberg** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Lehrerfortbildungsarbeit, die das Gesamtdeutsche Institut mit Lehrern aus der Bundesrepublik Deutschland in Berlin durchführt und die Themen der deutschen Politik behandelt, eingestellt wird?

191. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß in der DDR auf Grund der in Kürze in Moskau beginnenden Olympiade einige Konsumgüter, insbesondere Lebensmittel, knapp werden, auf die die Bevölkerung in der DDR an sich dringend angewiesen wäre?

192. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Warum lehnt es die Bundesregierung ab, sich in Einzelfällen für die Genehmigung einer Besuchsreise von Bewohnern der DDR zu Familienfeiern deren Verwandter in der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen, wie dies trotz meiner Bitte im Fall Krömer mit Schreiben vom 19. März 1980 geschehen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

193. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Abwärmenutzung aus einem Kernkraftwerk mit Hilfe von Wärmepumpen modellhaft zu unterstützen, wie dies z. B. beim Kernkraftwerk Gösgen in der Schweiz durchgeführt wird?

194. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen führten Untersuchungen der Bundesregierung über die Nutzung der Abwärme aus Kernkraftwerken mit Hilfe von Wärmepumpen?

195. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Ergebnisse hat der Besuch des Bundesministers für Forschung und Technologie in Großbritannien auf dem Gebiet der Energieforschung, insbesondere des Hochtemperaturreaktors und der Technologiefolgenabschätzung erbracht?

196. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Sieht es die Bundesregierung in energiepolitischer Hinsicht für sinnvoll an, die zu Beginn der 30er Jahre wegen der seinerzeit offenbar nicht lösbaren technischen Schwierigkeiten bei der Entwicklung eines geeigneten Kohlestaubmotors abgebrochenen Arbeiten angesichts ständig steigender Rohölpreise wieder aufzunehmen?

197. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Könnte ein Kohlestaubmotor im Vergleich zu den heute bekannten gängigen Motortypen wirtschaftlich eingesetzt werden, welches wären gegebenenfalls die Gründe für eine Nichtdurchsetzbarkeit auf dem Markt?

198. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Inwieweit stellt die „liquid coal combustion“ eine vergleichbare Entwicklung dar, und ist die Bundesregierung bereit, Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für den Kohlestaubmotor neben der „liquid coal combustion“ zu fördern, und welche Voraussetzungen sind für die Förderung notwendig?

199. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Bundesforschungsminister Dr. Hauff eine gegen den Abriß der rechtswidrig besetzten ehemaligen Fabrik Stollwerk gerichtete Resolution unterzeichnet hat, und wie lautet gegebenenfalls der Text dieser Resolution?

200. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wie hat sich die Relation der öffentlichen Ausgaben für nukleare und nicht-nukleare Energieforschung in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren entwickelt?

201. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

In welcher Weise kann die von Bundesminister Dr. Hauff vor dem dritten internationalen Sonnenforum zur Notwendigkeit erklärte stärkere Dezentralisierung der Energieversorgung erreicht werden, und an welchen Zahlen des Haushaltes des Bundesforschungsministeriums läßt sich diese Zielrichtung ablesen?

202. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Was veranlaßte den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, Stahl, zu der Forderung, sich gegen eine „künstliche Verbilligung" von Dieselöl im Agrarbereich auszusprechen, und ist dem Parlamentarischen Staatssekretär bekannt, daß die Landwirtschaft deswegen einen Teil der Steuer erstattet bekommt, weil nur wenige öffentliche Straßen von den Ackerschleppern benutzt werden?

203. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Ist der Bundesregierung im Rahmen des geplanten Ölschieferabbaus im Raum Braunschweig – Wolfsburg – Salzgitter der Umfang der Landschaftszerstörung, insbesondere von wertvollen Naherholungsgebieten, und der Beeinträchtigung der Luftqualität angesichts der bereits vorhandenen Luftverschmutzung in diesen Ballungsgebieten bekannt?

204. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung diesen schwerwiegenden Eingriff in den Naturhaushalt angesichts der Tatsache, daß nach Untersuchungen, die durch den Abbau des Ölschiefers zu erwartende Menge an Öl bei einem Abbauzeitraum von ca. 30 Jahren lediglich den Bedarf der Bundesrepublik Deutschland an Öl für ca. sieben Monate gedeckt würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

205. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die bisher geförderten 25 hessischen Modelleinrichtungen des Modellprojekts „Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche" u. a. die Beratungsstelle der Arbeiterwohlfahrt KV Frankfurt e. V. über den 31. Oktober 1980 hinaus nicht mehr finanzieren will, und wenn ja, aus welchen Gründen?

206. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß ein Student, der nach den gesetzlichen Bestimmungen BAföG berechtigt ist, diese Unterstützung deswegen nicht erhält, weil er vor Beginn seines eigentlichen Studiengangs (Architektur) zwei Semester Bauingenieurwesen ordnungsgemäß zu Ende studiert hat, ohne dafür BAföG beantragt bzw. erhalten zu haben?

207. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Trifft die Information zu, wonach der Student für dieses Hauptstudium BAföG dann erhalten hätte, wenn er das zweisemestrige Studium abgebrochen und sich hätte exmatrikulieren lassen, und hält die Bundesregierung eine solche Bestimmung für sinnvoll?

208. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, die bisher durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft gewährte Förderung des Modellprojekts „Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche" in Frankfurt-Preungesheim, der Arbeiterwohlfahrt KV Frankfurt e. V., mit dem 31. Oktober 1980 einzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

209. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in der Europäischen Gemeinschaft darauf hinwirken, daß diese, nachdem sie in diesem Jahr ihr Hilfsprogramm für Nicaragua um mehr als 50 Prozent erhöht hat, auch dem Nachbarstaat El Salvador, dessen Regierung sich mit aller Kraft um soziale Reformen und die Vermeidung eines blutigen Bürgerkriegs bemüht, vergleichbare Hilfeleistungen zukommen läßt?

210. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

In welcher Weise beteiligt sich die Bundesregierung an der Nahrungsmittelhilfe zugunsten der aktuellen Hungergebiete Afrikas?

211. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wieviel Entwicklungshilfe hat die Bundesregierung Peru in der Zeit vom Amtsantritt des Generals Velasco Avarado 1968 bis zum Amtsantritt der neugewählten Regierung 1980 gewährt, und wie beurteilt die Bundesregierung grundsätzlich den Erfolg dieser aus dem üblichen Rahmen fallenden Hilfsmaßnahmen?

212. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Um welchen Betrag werden sich voraussichtlich pro Haushaltsjahr die deutschen Entwicklungshilfeleistungen auf Grund der Tatsache verringern, daß seit dem 1. Januar 1980 gem. § 1 Abs. 1 Ziff. 1, § 3 a Abs. 3 i. V. m. Abs. 4 Ziff. 3 des Umsatzsteuergesetzes nicht nur die Prüfung sondern auch die Durchführung von Beratungsleistungen im Rahmen der technischen Zusammenarbeit umsatzsteuerpflichtig geworden sind, was einen verdeckten finanziellen Leistungsverlust um die gesetzlichen Steuersätze von 6,5 v.H. oder 13 v.H. zur Folge hat?

213. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung durch geeignete haushalts- oder steuerrechtliche Initiativen den dargestellten Leistungsverlust real ausgleichen oder die zusätzlich von den Entwicklungsleistungen abgeschöpften Mittel für die Finanzierung der von ihr angekündigten „nachhaltigen Steigerung" des Entwicklungshilfeetats verwenden?

Bonn, den 27. Juni 1980